

MONTAG, 22. MÄRZ 1999

DIE PRESSE

LESERBRIEFE

KPÖ & Karenzgeld für alle – das paßt nicht

famil.scheckbuch.kommunismus?
Quergeschrieben von Bernd Marin, 4. März

Was mir die Ehre verschafft, von Bernd Marin unter die „Familienpolitiker“ (-Innen gibts in seiner Aufzählung nicht) eingereiht zu werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe mich jedenfalls an der vor allem aus dem Vorwahlsfuror erklärlichen Karenzgelddebatte bislang nicht beteiligt.

Auch die Frauenvorsitzende der KPÖ, Heidi Ambrosch, hat von einem „Karenzgeld für alle – ohne Wenn und Aber“, wie Marin unterstellt, weder gesprochen noch geschrieben. Wofür sie eintritt, ist die Erhöhung des Karenzgeldes mindestens auf die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes, den Ausbau der öffentlichen (Klein)-kinderbetreuungseinrichtungen und die sozialrechtliche Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse. Also soziale Grundsicherung auf der Grundlage einer offensiven Beschäftigungspolitik. Und dann heißt es in einer Presseaussendung der KPÖ-Sprecherin, die in der Volksstimme nachzulesen ist: „Für Gruppen, die wie Studierende und Bäuerinnen keinen Anspruch auf Karenzgeld haben, sollen Sondertöpfe eingerichtet werden“.

In der Tat will auch mir nicht einleuchten, daß ein Staat, der es sich beispielsweise leistet, auf eine Vermögenssteuer zu verzichten, oder in dem die Gewinnbesteuerung in etwa bei der Hälfte des EU-Schnitts liegt, für die Absicherung einer relativ kleinen Gruppe von Armut gefährdeter Personen kein Geld haben will. Dies in die Nähe von Jörg Haiders Familienscheckbuch oder die krausen Umvolkungstheorien des Andreas Mölzer zu rücken, hat nichts mit politischer Debatte, sondern mit Diffamierung zu tun.

Mag. Walter Baier
KPÖ-Bundesvorsitzender